



10. Februar 2024

## **Ergebnisniederschrift der Sitzung vom 08.02.2024**

Dauer: 19:30 Uhr bis 21:00 Uhr

Teilnehmer: Joachim Alt, Roland Beckhaus, Hannelore Feicht (Moderation), Karl-Heinz Hook, Hartmut Rencker, Gerd Schmidt (Protokoll)

### **TOP 1, Beschlussanträge an die Ortsbeiräte**

Die Anträge A2 und B1 (siehe letztes Protokoll) wurden nach unserer Sitzung am 11.01.2024 den Ortsvorstehern übermittelt. Beschlossen wurden sie in Bretzenheim und in Hechtsheim. Im Februar werden sie in den Ortsbeiratssitzungen von Weisenau (21.02.2024) und Laubenheim (23.02.2024) behandelt. Über den Verfahrensstand in den Ortsbeiräten Lerchenberg und Marienborn konnte nichts Neues berichtet werden.

Roland Beckhaus informierte, dass die Initiative gegen Fluglärm Rheinhessen beide Anträgen auch an die Fraktionen im Kreistag Mainz-Bingen und an die Landrätin Dorothea Schäfer mit der Bitte um Unterstützung und Beschlussfassung geschickt hat. Rückmeldungen liegen noch nicht vor.

### **TOP 2, Ultrafeinstaub, Kontakt zur Deutschen Umwelthilfe -DUH-**

Wie berichtet will Lars Nevian (IKUL) an die DUH schreiben und eine Kontaktaufnahme zu den UFP-Experten Joachim Alt und Wolfgang Schwämmlein sowie zu Teilnehmern ihres bundesweiten UFP-Netzwerks anregen. Das Anschreiben soll von den UFP-Experten verfasst werden. Vor der LK-Sitzung wurde von Gerd Schmidt ein Textvorschlag verschickt. Vorab wurden Änderungen/Ergänzungen von Bettina Appelt und Wolfgang Schwämmlein eingereicht. Weitere Verbesserungen wurden in der Sitzung diskutiert, beispielsweise regte Karl-Heinz Hook u.a. an, dass im Text auf die Studien von Prof. Münzel hingewiesen werden sollte.

Joachim Alt und Gerd Schmidt erklärten sich bereit, das Anschreiben entsprechend der vorliegenden Vorschläge zu überarbeiten.

Das ist bereits geschehen, nachfolgender Text wurde am 09.02.2024 und 10.02.2024 abgestimmt:

*Seit 2015 werden im näheren Umfeld des Großflughafens Frankfurt hohe Außenluftkonzentrationen von Ultrafeinstaub amtlich gemessen. Ebenso hohe UFP-Belastungen werden vom Bürgerverein Freising in der Umgebung des Münchener Flughafens messtechnisch dokumentiert (Anlage 1).*

*Begonnen hat alles mit den Mainzer Fluglärmaktiven Joachim Alt und Wolfgang Schwämmlein, die ab 2012 auf die Immissionen ultrafeiner Abgas-Partikel -UFP- aus Flugzeugtriebwerken und ihr Gefährdungspotential aufmerksam gemacht haben. Bahnbrechend war ihr Hinweis, dass die behördlich verwendeten gravimetrischen Messgeräte völlig ungeeignet für die Messung von ultrafeinen Partikeln sind. Dennoch haben die Behörden noch Jahre gravimetrisch gemessen und auf dieser Messbasis die UFP-Immissionsbelastungen als unerheblich abgetan. Erst nachdem mit einem privat angeschafften Partikelzähler die Immissionsbelastung und den Zusammenhang mit dem*



*Flugverkehr nachgewiesen wurde, kam es zu einem zögerlichen Umdenken bei den Behörden.*

*Aber immer noch bestimmen „verzögern“ und „blockieren“ das Behördenhandeln, obwohl die im näheren Umfeld des Flughafens durchgeführten amtlichen Messungen erhebliche UFP-Immissionsbelastungen bezeugen. Nach wie vor wird ein Zusammenhang zwischen den unter den An- und Abflugrouten gemessenen hohen UFP-Immissionsspitzen und den Über- oder Vorbeiflügen landender oder startender Flugzeuge bestritten (Anlage 2). Allein der Flughafen sei für die Immissionsbelastung verantwortlich. Damit werden systematische messtechnische Überprüfung unter Einbeziehung der entfernteren An- und Abflugrouten verweigert. Überhaupt nicht diskutiert werden die seit langem dokumentierten Maßnahmen zum vorsorgenden Schutz der Bürger vor gesundheitsgefährdenden UFP-Expositionen (Anlage 3).*

*Hauptquelle für UFP-Emissionen sind die mit Kerosin betriebenen Flugzeugtriebwerke. Obwohl derzeit noch keine amtlichen Grenzwerte für UFP festgelegt sind, werden UFP-Immissionen von der Wissenschaft und der WHO grundsätzlich als gesundheitsgefährdend eingestuft. Bürgerinitiativen, Arbeitskreise und Bürgervereine fordern im Kontext vorliegender Studien die Umsetzung von konkreten Maßnahmen, mit denen die UFP-Emissionen deutlich reduziert werden könnten. Die Luftverkehrswirtschaft und die zuständigen Immissionsschutzbehörden sperren sich jedoch gegen diese Forderungen zum Schutz der Bürger vor Gesundheitsgefahren.*

*Vor dem Hintergrund dieser Behördenverweigerung hat sich in Deutschland ein überregionales Netzwerk von Bürgerinitiativen und Vereinen gebildet, um gemeinsam und bundesweit über die Belastungen durch Ultrafeinstaub aus dem Luftverkehr und über die Gefahren sowie Abhilfemaßnahmen aufzuklären.*

*Näheres kann in einem Gespräch (ggf. Videokonferenz) erläutert werden von Wolfgang Schwämmlein (IKUL Mainz, Mobil: +49 151 56110434, E-Mail: wolfgang.schwaemlein@mail.de), Joachim Alt (AK Fluglärm Mainz-Hechtsheim, Mobil: +49 175 5980952, E-Mail: Alt-Mainz@t-online.de), Wolfgang Hermann (Bürgerverein Freising zur Vermeidung von Lärm- und Schadstoffbelastung e.V, Mobil: +49 177 8678736, E-Mail: wo-li.herrmann@t-online.de), Jürgen Fingerle (Bürgerinitiative Südbadische Flughafenrainer BISF, Mobil: +49 160 3770533, E-Mail: info@euroairport-laerm.de) und Rolf Keck-Michaeli (Schutzgemeinschaft Filder e.V. Stuttgart, Mobil: +49 170 4567471, E-Mail: rolfkeck@web.de).*

*Anlage 1: Veröffentlichung des Bürgervereins Freising*

*Anlage 2: Ultrafeinstaubbelastung im Mainzer Süden*

*Anlage 3: Gesundheitliche Auswirkungen von Fluglärm und Feinstaub, Prof. Münzel*

Hinzuweisen ist, dass es in der Anlage 3, Veröffentlichung von Prof. Münzel, um Feinstaub und nicht um Ultrafeinstaub geht. Dennoch wurde der Quellenverweis beibehalten, um der DUH den Eindruck eines engen Kontaktes zur medizinischen Forschung in Mainz zu vermitteln.



### **TOP 3, Veranstaltung gegen Fluglärm und Ultrafeinstaub**

Die Veranstaltung findet am 09.03.2024 von 10.00 Uhr bis 14:00 Uhr auf dem Mainzer Theatervorplatz statt. Es ist eine Veranstaltung der Initiative Klima-, Umwelt- und Lärmschutz im Luftverkehr e.V. –IKUL-. Bettina Appelt (Stellv. Vorsitzende IKUL) organisiert die Veranstaltung. Roland Beckhaus informierte, wie die Initiative gegen Fluglärm Rheinhessen das Vorhaben unterstützt. Weitere Informationen lagen nicht vor, da Bettina Appelt krankheitsbedingt nicht an der Sitzung teilnehmen konnte.

gez. Schmidt